

## **Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik –**

Vorsitzender: Prof. Dr. Dr. h.c. Heinz König, Universität Mannheim

Stellvertr. Vorsitzender: Prof. Dr. Alfred Kieser, Universität Mannheim

Schatzmeister: Prof. Dr. Dr. h.c. Leonhard Gleske, Deutsche Bundesbank, Frankfurt/M.

Geschäftsführer: Dr. Horst Kräger, Universität Mannheim

Schriftführer: Dr. Winfried Pohlmeier, Universität Mannheim

Geschäftsstelle: Seminargebäude A5, D-6800 Mannheim 1, Tel. (06 21) 2 92-3457/27 27

## **Berichte aus der Arbeit der Gesellschaft**

### **Temporärer Arbeitskreis / Ausschuß „Evolutorische Ökonomik“**

Der temporäre Arbeitskreis trat vom 4. - 6. 7. 1991 in Freiburg zu seiner dritten und damit, den Statuten des Vereins für temporäre Arbeitskreise entsprechend, letzten Sitzung zusammen. An der dreitägigen Tagung nahmen 50 Mitglieder und Gäste teil. Wie schon im vorangegangenen Jahr, beschäftigte sich das Programm der Tagung mit Modellierungskonzepten und konkreten Anwendungen eines evolutorischen Ansatzes in der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung.

Auf der Linie dieser Themenvorgabe referierte Privatdozent Dr. *Hans-Walter Lorenz* (Göttingen) über „Chaotische Dynamik in der Evolutionsökonomik“. Ohne Zweifel bietet die nichtlineare Dynamik vielfältige Möglichkeiten Evolutionsphänomene der Wirtschaft zu beschreiben. Chaotische zeitliche Entwicklungen sind ein Spezialfall der nichtlinearen Dynamik. Es lag deshalb nahe zu untersuchen, inwieweit diese spezielle Klasse von zeitlichen Entwicklungen für Evolutionsphänomene relevant ist. Prinzipiell ist die Möglichkeit von chaotischen Entwicklungen nicht auszuschließen. Sie dürften allerdings für das Verständnis von Evolutionsabläufen, eher Anomalien als die Normalfälle darstellen. Das Korreferat hielt Prof. Dr. *Peter Weise* (Kassel).

Direkt zur Rolle der nichtlinearen Dynamik äußerte sich als Gast Prof. Dr. *Wolfgang Weidlich* (Stuttgart), der über „Das Modellierungskonzept der Synergetik für dynamische sozioökonomische Prozesse“ referierte. Anhand konkreter regionalwissenschaftlicher Beiträge wurde in dem Referat die Vorgehensweise der Synergetik erläutert und die Möglichkeiten einer empirischen Schätzung der abgeleiteten Modelle diskutiert. Das Korreferat hielt Privatdozent Dr. *Georg Erdmann* (Zürich).

Am Abend des ersten Tages sprach Prof. Dr. *Willi Meyer* (Marburg) in seiner Tischrede über „Evolutionäre Erkenntnistheorie und ihre Folgen“. Ähnlich wie in der Öko-

nomik, hat der Evolutionsgedanke in der Philosophie, speziell der Erkenntnistheorie, in den letzten Jahren große Beachtung gefunden. Das Referat machte deutlich, welche Konsequenzen sich aus diesen neueren Entwicklungen in der Philosophie für die Psychologie und vor allem für das ökonomische Handlungsmodell ergeben.

Das nächste Referat wurde von Dr. *Walter Ötsch* (Linz) über das Thema „Kreativität und Logik im ökonomischen Handlungsmodell“ gehalten. Im Zentrum der Überlegungen stand hier die Frage, ob und wie sich Kreativität in den individualistischen Ansatz in der Ökonomik integrieren läßt. Die Schwierigkeiten, die bei der Beantwortung dieser Frage auftauchen, lassen noch keine konkreten Modellierungskonzepte zur Lösung erkennen. Es geht daher zunächst nur darum, zu klären, in welche Richtung das Modell prinzipiell erweitert werden sollte. Das Korreferat hielt Dr. *Armin Schmutzler* (Heidelberg).

Als Gast des Arbeitskreises hielt Prof. Dr. *Wolfgang Scholl* (Göttingen) ein Referat über „Evolutionäre Rationalität – Der Beitrag der Psychologie in einer evolutionären Ökonomik“. Dieses Referat stellte vor allen Dingen sozialpsychologische Aspekte in den Mittelpunkt. Sozialpsychologische und gruppendynamische Prozesse sind wesentliche Voraussetzungen, um innovatives Verhalten in Gruppen, z.B. Unternehmungen, zu verstehen. Empirische Forschungsergebnisse aus diesem Bereich versprechen daher Fortschritte in der Innovationsforschung, die ihrerseits ein wesentlicher Baustein der evolutorischen Ökonomik ist. Das Korreferat hielt Prof. Dr. *Willi Meyer* (Marburg).

Als weiterer Gast des Arbeitskreises hielt Diplom-Informatiker *Frank Kursawe* (Dortmund) ein Überblicksreferat über „Naturanaloge Algorithmen – Neuere Entwicklungen in der Informatik“. Auch in der Informatik wird in den letzten Jahren verstärkt an Konzepten gearbeitet, die sich an Evolutionsprinzipien in der Natur anlehnen. Das Forschungsgebiet expandiert sehr schnell und bietet eine Fülle von Anregungen für konkrete Modellierungskonzepte. Im Mittelpunkt stehen computergestützte Algorithmen, die auch zur Simulation ökonomischer Prozesse geeignet sind. Das Korreferat hielt Prof. Dr. *Wilhelm Brandes* (Göttingen).

Am Spätnachmittag dieses Sitzungstages waren ein Ausflug zum Stammsitz des Malteserordens im Schloß Heitersheim und ein anschließendes Abendessen im Kaiserstuhl anberaumt (lokale Organisation der Tagung: Prof. Dr. *Manfred E. Streit*, Freiburg). Der laue Abend im Kaiserstuhl wird vielen Teilnehmern in Erinnerung bleiben, nicht zuletzt wegen des unterhaltsamen, aber auch nachdenklich machenden Gruppenspiels „Die drei Blinden und der Elefant“, das Prof. Dr. *Ulrich G. Ritter*, Frankfurt, zur symbolischen Kenntnismachung der Verständigungsschwierigkeiten innerhalb und zwischen Wissenschaftsdisziplinen vorbereitet hatte.

Den letzten Tag des Treffens leitete das Referat von Prof. Dr. *Lothar Wegehenkel* (Bayreuth) über „Die Entwicklung von Internalisierungshierarchien – eine Theorie optimaler Dezentralisierung“ ein. Das Referat beschäftigte sich mit der Externalitätenproblematik und stellte Verbindungen zur Ordnungstheorie her. Das Korreferat hielt Prof. Dr. *Wolfgang Buchholz* (Regensburg).

Der historischen Frage „Ware oder Zeichen? Die Entstehung des Münzgeldes im Lichte einer Theorie evolutionären sozialen Wandels“ ging das Referat von Prof. Dr. *Michael Hutter* (Witten-Herdecke) nach. Die Entstehung von Geld wird oft als spontaner Evolutionsprozeß interpretiert. Dem Referenten ging es jedoch darum, am konkreten Beispiel der Entwicklung des Münzgeldes aufzuzeigen, welche Regelmäßigkeiten in diesem Prozeß zu beobachten sind, und wie sie sich insbesondere aus einer systemtheoretischen Perspektive erklären lassen. Das Korreferat hielt Dr. *Eberhard K. Seifert* (Hamburg).

Das neunte und letzte Referat hielt Dr. *Frank Schohl* (Darmstadt) zum Thema „Schumpeter-konforme und andere Renditeunterschiede zwischen deutschen Unternehmen“. Dem Referenten ging es um ein Problem der industrieökonomischen Innovationsforschung aus empirischer Perspektive: Welche Informationen lassen sich zur Überprüfung der Schumpeter-Hypothese aus einem umfangreichen Datensatz für deutsche Aktiengesellschaften ziehen, und welche Schlüsse legen diese Informationen nahe? Die Ergebnisse der Studie erfordern erhebliche Differenzierungen der Theorie gegenüber der Schumpeter-Hypothese. Das Korreferat hielt Dr. *Manfred Stadler* (Augsburg).

Für die Abwicklung des umfangreichen Programms mit Referaten, Korreferaten und anschließender Plenumsdiskussion stellten sich als Diskussionsleiter zur Verfügung: Prof. Dr. *Adolf Wagner* (Tübingen), Prof. Dr. *Hans W. Holub* (Innsbruck), Prof. Dr. *Renate Schubert* (Tübingen), Prof. Dr. *Manfred E. Streit* (Freiburg) sowie Prof. Dr. *Bruno Fritsch* (Zürich).

Die Mitgliederversammlung, die am 12. 7. 1991 zusammentrat, wählte Prof. Dr. *Ulrich Schlieper* (Mannheim), zum neuen Vorsitzenden. Zugleich beschloß die Mitgliederversammlung einstimmig, dem Erweiterten Vorstand des Vereins für Sozialpolitik, den Antrag vorzulegen, den bisherigen temporären Arbeitskreis in einen Ausschuß „Evolutorische Ökonomik“ des Vereins umzuwandeln. Auf seiner Sitzung während der Jahrestagung in Lugano hat der Erweiterte Vorstand des Vereins mehrheitlich dem Antrag auf Umwandlung stattgegeben und damit beschlossen, einen Ausschuß „Evolutorische Ökonomik“ einzurichten. Der neue Ausschuß wird erstmals vom 2. - 4. 7. 1992 in Zürich zusammentreffen. Die Programmgestaltung für die anstehende Tagung wird vom neu gewählten Vorsitzenden übernommen; für die Durchführung der lokalen Organisation hat sich freundlicherweise Prof. Dr. *Bruno Fritsch* (Zürich) zur Verfügung gestellt.

Prof. Dr. Ulrich Witt, Freiburg

### Ausschuß für Sozialpolitik

Mit seiner Tagung am 26. und 27. September 1991 in Regensburg setzte der Ausschuß seine Beratungen vom Vorjahr zum Generalthema „Sozialpolitik im vereinten Deutschland“ (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Band 208/I) fort. Das Einführungsreferat trug dem längerfristigen Anliegen des Ausschusses Rechnung, Beiträge zu einer Dogmengeschichte der Sozialpolitik mit Bezug auf die gegenwärtige sozialpolitikwissenschaftliche Diskussion zu leisten.

Referat von Prof. Dr. *Horst Hanusch* (Augsburg): „Thesen zur Systemtransformation als Schumpeterianischem Prozeß“.

Der Zerfall der kommunistischen Zentralverwaltungswirtschaften wirft u.a. die Frage auf, ob die Thematik des „Wettbewerbs der Systeme“ nun endgültig von der Liste der Agenda der Wirtschaftswissenschaften zu streichen ist oder sich auf die Leistungsfähigkeit gemischter Wirtschaftsordnungen verlagern wird. Mit Blick auf das Gedankengut Schumpeters werden mögliche Gründe für die zunächst widerlegt erscheinende Prognose von der Umwandlung des Kapitalismus in ein sozialistisches System analysiert. Im Anschluß an die Idee der „kreativen Zerstörung“ werden die Funktionen des Privateigentums und der dezentralen Wirtschaftsstruktur für die Anpassungs- und Überlebensfähigkeit eines Wirtschaftssystems sowie für die dyna-

mische technologiegeleitete Entwicklung untersucht. In dem für die Zukunft erwarteten Wettbewerb gemischter Wirtschaftsordnungen, die sich durch das Verhältnis von Markt und Staat unterscheiden lassen, werden der Industrie- und Sozialpolitik tragende Rollen im Systemwettbewerb zugeschrieben.

Referat von Prof. Dr. *Richard Hauser* (Frankfurt/M.): „Die personelle Einkommensverteilung in den alten und neuen Bundesländern vor der Vereinigung – Probleme eines empirischen Vergleichs und der Abschätzung von Entwicklungstendenzen“.

Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten wird vermutlich auch mit tiefgreifenden Veränderungen der Einkommens- und Vermögensverteilung verbunden sein. Der Beitrag Hausers versucht auf der Grundlage verfügbarer Daten (u. a. des auch auf die frühere DDR ausgedehnten Sozio-ökonomischen Panels vom Frühjahr 1990) die Startbedingungen der personellen Einkommensverteilung vergleichend darzustellen und zu analysieren. Trotz der näher behandelten Probleme des Niveauvergleichs der Verteilungen lassen sich interessante Ergebnisse über die relative Verteilungsposition sozioökonomischer Gruppen (z. B. relative Besserstellung der Kinder und Schlechterstellung der Alten in der ehemaligen DDR) und begründete Hypothesen über die Verteilungsentwicklung im Zusammenhang mit dem Vereinigungsprozeß ableiten.

Referat von Prof. Dr. *Roland Eisen* (Frankfurt/M.): „Zur Entwicklung des Gesundheitswesens in den neuen Bundesländern unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses von GKV, PKV und öffentlichen Gesundheitsdiensten“.

Auf der Grundlage eines kursorischen Überblicks über das Gesundheitswesen in der ehemaligen DDR stand im Zentrum des Referates und der Diskussion die Frage, ob eine „optimale Mischung“ von GKV, PKV und öffentlichen Gesundheitsdiensten bestimmt werden könne und wie deren Chancen auf Verwirklichung im Reformprozeß für das Gesundheitswesen in der Bundesrepublik zu beurteilen wären.

Referat von Prof. Dr. *Friedrich Buttler* (Nürnberg): „Der Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern 1991/92“.

Anhand der neuesten Arbeitsmarktstatistik und der repräsentativen Daten vom Arbeitsmarkt-Monitor (zum Juli 1991) wird das gesamte Ausmaß der Beschäftigungskrise und der Arbeitsmarktentlastung durch Arbeitsförderungsmaßnahmen in den neuen Bundesländern dargestellt. Die Analyse der Bewegungen am Arbeitsmarkt zeigt „viel Schatten und ein wenig Licht“. Eine Vorausschau auf 1992 läßt nach einem weniger optimistischen Szenario nur eine Verlagsamung des Arbeitsplatzabbaus noch ohne nachhaltige Beschäftigungszunahme erwarten, während nach einem optimistischen Szenario die Talsohle durchschritten und die Erwerbstätigkeit per saldo wieder zunehmen würde.

Referat von Prof. Dr. *Wolfram Mieth* (Regensburg): „Die zweigeteilte Konjunktur im vereinigten Deutschland und das ostdeutsche Lohnniveau“.

Der Produktions- und Beschäftigungseinbruch in den neuen Bundesländern wurde von der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion ausgelöst und war letztlich durch die fehlende Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Industrie verursacht. Vor dem Hintergrund dieser These werden in diesem Referat vor allem die Interdependenzen der kumulativen Auseinanderentwicklung von Teilräumen eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes herausgearbeitet und mit einem regionalökonomischen Ansatz der verbreitet gestellten Frage nach der Bedeutung der Lohnpolitik für die gespaltene Kon-

junktur nachgegangen. Eine vergleichende Auswertung von Studien aus unterschiedlichen Ländern verdeutlicht, daß im nun einheitlichen Wirtschaftsraum ein Fortbestehen der Lohnunterschiede auf längere Sicht nicht erwartet werden konnte. Abschließend werden Überlegungen angestellt, auf welche Weise zur Überwindung der dualistischen Wirtschaftsentwicklung im vereinten Deutschland beigetragen werden kann. Dabei fand in der Diskussion der Vorschlag eines Zwangssparens von Teilen der versteuerten Gewinne im Vergleich zu Investivlohnvorschlägen besonderes Interesse.

Die Beiträge dieser Tagung werden (voraussichtlich im Sommer 1992) unter dem Titel „Sozialpolitik im vereinten Deutschland II“ in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik (Bd. 208/II) erscheinen.

Prof. Dr. G. D. Kleinhenz, Passau

### **Ausschuß „Wirtschaftswissenschaft und Ethik“**

Die Tagung des Ausschusses zum Thema „Wirtschaftsethische Perspektiven des Drogenproblems“ fand am 5. und 6. Dezember 1991 in Zürich statt. Insgesamt wurden fünf Referate gehalten.

Der Beitrag von Dr. *Josef Wieland* (Münster) „Sucht, ökonomische Vernunft und moralische Ordnung“ untersucht im Ausgang von der Semantik des modernen Suchtbegriffs, wie verschiedene Ansätze das Suchtproblem in die Sprache der Ökonomik übersetzen. Für den Autor spiegelt sich der Umbau moderner Gesellschaften von hierarchischer zu funktionaler Differenzierung in einer semantischen Umstellung wider: Beginnend im 16. Jahrhundert, erscheint Sucht nicht länger nur als lasterhafte Charakterschwäche, sondern zunehmend als Krankheit. Die ökonomische Literatur bietet zwei Ansätze für eine entsprechende Übersetzung. Die *Theorie rationaler Sucht* im Anschluß an G. S. Becker wählt die Konzeptualisierung eines intertemporalen Entscheidungsproblems, bei dem die Auswirkungen des Drogenkonsums auf Gegenwarts- und Zukunftsnutzen gegeneinander abgewogen werden (müssen). Die Schwäche dieses Ansatzes sieht der Autor in der Gefahr von Nichtübersetzbarkeiten und Falschübersetzungen. Diese Gefahr vermeidet der zweite Ansatz: Die *Theorien der Selbstkontrolle* im Anschluß an Th. C. Schelling, J. Elster, u. a. wählen die Konzeptualisierung eines Präferenz- und Entscheidungsproblems und tragen so der paradoxen Struktur des Suchtphänomens auf besondere Weise Rechnung, möglicherweise jedoch auf Kosten ihrer Vorhersagekraft. Abschließend begründet der Autor seine These, daß modernen Gesellschaften eine Art rationaler Wahl eines Suchtgrades angemessen ist.

Der Beitrag von Dipl.-Vw. *Christian Koboldt* (Saarbrücken) „Legitimitätsaspekte der Prohibitions politik – Individuelle Handlungsbeschränkungen und ökonomische Sozialvertragstheorie“ setzt ein mit dem Befund, daß in der Diskussion zwischen Befürwortern und Gegnern der gegenwärtigen Drogenprohibition die Frage nach der Legitimität dieser paternalistischen Politik von beiden Seiten kaum gestellt wird. Diese Problematik diskutiert der Autor im Rahmen der Ökonomischen Sozialvertragstheorie (Constitutional Economics). Er legt dar, daß entgegen einer verbreiteten Auffassung in diesem Ansatz nicht nur solche Handlungsbeschränkungen gerechtfertigt werden können, die der Vermeidung inter-individueller Konflikte dienen, sondern auch jene Beschränkungen, die auf die Lösung intra-individueller Konflikte abzielen, wie sie beispielsweise beim Suchtphänomen auftreten. So erscheinen selbst-paterna-

listische Handlungsbeschränkungen, sog. „Selbstbindungen“, als legitimierbar. Allerdings ist zu verlangen, daß die Prohibitions politik nachweist, den Interessen der Paternalisierten wirksam zu dienen. Dies scheint bei der gegenwärtigen Prohibitions politik nicht der Fall zu sein.

Der Beitrag von Dr. *Ingo Pies* (Ingolstadt) „Positive und normative Aspekte einer ökonomischen Analyse des Drogenproblems“ enthält eine ökonomische Diagnose und einen auf sie gegründeten Therapie vorschlag für das Drogenproblem. Ausgehend von einem Modell rationaler Kriminalität identifiziert der Autor zwei Faktoren, auf die sich die Mißerfolge der Drogenprohibition zurückführen lassen. Aufgrund dieser Faktoren komme es angesichts der preisinflexiblen Nachfrage auf dem Schwarzmarkt für Drogen zur Bildung krimineller Organisationen: Vertikale Integration reduziere die Bestrafungswahrscheinlichkeit, horizontale Integration erhöhe das Einkommen für illegale Drogenanbieter. Der Autor vertritt die These, daß die Drogenprohibition der eigentliche Motor des Schwarzmarkts ist und so (ungewollt) jene Probleme schafft bzw. verschärft, die sie eigentlich lösen sollte, und er entwickelt den Vorschlag einer „kontrollierten Teilliberalisierung“ des Drogenmarktes. Die Kernidee lautet: Drogen auf Rezept.

Der Beitrag von MA *Annette Kleinfeld-Wernicke* und Prof. Dr. *Peter Koslowski* (Hannover) „Suchtkrankheit als unternehmensethisches Problem – Eine ethische Fallstudie über den Umgang mit Alkoholkranken in der Bertelsmann AG“ schildert ein konkretes Beispiel für Alkoholmißbrauch im Betrieb und die Handhabung dieses Problems durch die von der Bertelsmann AG eingerichtete „Projektgruppe Alkohol“. Die Autoren präsentieren einen Entwurf deontologischer Ethik, ein System bedingter und unbedingter Pflichten, das die Kategorien der Verantwortung und Gerechtigkeit zu einem unternehmensethischen Ansatz zusammenfaßt. Abschließend überprüfen sie, inwiefern das in der Fallstudie erfaßte Unternehmenshandeln den zuvor abgeleiteten Ansprüchen genügt.

Der Beitrag von Dr. *Werner J. Fuchs* (Zürich) „Sozialmedizinische Analysen zum Drogenproblem“ setzt ein mit einem Überblick über neuere Forschungsergebnisse der Sozialmedizin. Vor dem Hintergrund dieser Befunde konstatiert Fuchs für die Schweiz eine pragmatische Wende in der Behandlung Drogenabhängiger: eine Abkehr vom Abstinenzparadigma und eine stärkere Betonung sozialer Wiedereingliederungshilfen. Fuchs sieht eine Tendenz zu dezentralen, gemeindenahen Hilfseinrichtungen und zu einer fortschreitenden Differenzierung des drogentherapeutischen Angebots.

Der Band mit den Beiträgen ist inzwischen erschienen: *Homan, Karl* (Hrsg.) (1992), *Wirtschaftsethische Perspektiven des Drogenproblems*. Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 30. Berlin.

Prof. Dr. K. Homann / Dr. Ingo Pies, Ingolstadt

### Wirtschaftspolitischer Ausschuß

Der Ausschuß traf sich am 18. und 19. März 1992 im HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg. Er behandelte das Thema „Beschäftigungsentwicklung und Arbeitsmarktpolitik“.

In seinem Referat: „Arbeitslosigkeit in Westeuropa – ein Hysteresis-Phänomen?“ wies Herr Prof. Dr. *Wim Koesters*, Universität Bochum, darauf hin, daß die empirische Relevanz hysteresischer Effekte nach den vorliegenden Forschungsergebnissen

nicht zuletzt wegen der unzureichenden Datenbasis und der Kritik an den verwendeten Verfahren vorerst noch umstritten sei. Aus Tests hysteretischer Phillips-Kurven-Ansätze für die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und die Niederlande gehe jedoch hervor, daß die Gültigkeit der Hysteresis-Hypothese nicht ausgeschlossen werden könne. Wegen der unsicheren theoretischen und empirischen Fundierung der Hysteresis-Hypothese verböten sich allerdings gegenwärtig eindeutige wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen.

In seinem Referat: „Arbeitslosigkeit in Europa – ein schwer lösbares Rätsel?“ äußerte Prof. Dr. *Norbert Berthold*, Universität Würzburg, die Ansicht, daß entgegen der bisweilen geäußerten These, daß es keine weitgehend akzeptierte theoretische Erklärung von Arbeitslosigkeit gäbe, man sehr wohl überzeugend erklären könne, weshalb die Arbeitslosigkeit in den 70er Jahren anstieg und bis heute in Europa auf einem hohem Niveau verharrte. Ein Anstieg der Arbeitslosigkeit sei dann die Folge, wenn es den wirtschaftlichen Akteuren der Volkswirtschaften nicht gelänge, sich effizient an veränderte wirtschaftliche Gegebenheiten anzupassen. Dies sei immer dann der Fall, wenn die relativen Preise inflexibel und die Produktionsfaktoren immobil seien und der Anpassungsbedarf gewisse Grenzen überstiege. Die Analyse zeigte, daß die europäischen Länder auf die Datenänderungen in den 70er und 80er Jahren recht unterschiedlich reagiert haben. Dabei schnitten die skandinavischen EFTA-Staaten besser ab als die meisten Länder der Europäischen Gemeinschaft, weil sie nicht nur die finanziellen Leistungen im Falle der Arbeitslosigkeit restriktiver handhabten, sondern auch „aktive“ arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ergriffen hätten.

In der Diskussion wurde vor allem darauf hingewiesen, daß die arbeitsmarktpolitische Entwicklung zumindest im letzten Jahrzehnt unter dem Gesichtspunkt der Beschäftigtenzahlen anders zu werten sei, als wenn nur auf die Arbeitslosenzahlen abgestellt würde. Insofern spräche einiges dafür, auch demographische Faktoren in der Analyse stärker zu berücksichtigen. Auch müsse beachtet werden, daß in Westeuropa im Vergleich zu Japan und USA eine mangelnde Dynamik bei Firmengründungen zu beobachten sei.

Prof. Dr. *Friedrich Buttler*, IAB Nürnberg, führte in seinem Referat „Aktuelle Arbeitsmarktprobleme der Bundesrepublik“ aus, daß die aus den besonderen historischen Voraussetzungen des Einigungsprozesses erklärable Übergangskrise am Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern tiefer und anhaltender sei als zunächst vielerorts erwartet worden wäre. Instrumente der Arbeitsmarktpolitik hätten den Arbeitsmarkt angebots- und nachfrageseitig Ende 1991 um rd. 2 Mio. entlastet. Aktive Arbeitsmarktpolitik sei aber auch Gegenstand der politischen Kontroverse. Die empirische Beveridge-Kurve für 1970 - 1988 für Westdeutschland lege weiterhin den Schluß nahe, daß Mismatch-Arbeitslosigkeit zugenommen habe. Eine Arbeitsmarktausgleichspolitik durch Arbeitsvermittlung und Förderungsmaßnahmen zur Eingliederung von Arbeitskräften in Problemsituationen ständen wegen der stattgefundenen Sortierprozesse auf beiden Arbeitsmarkseiten vor größeren Schwierigkeiten als zuvor. Dieses Ergebnis sei für die gegenwärtige Diskussion um das Alleinvermittlungsrecht der Bundesanstalt für Arbeit von Bedeutung. Auch private Vermittler stünden vor denselben Schwierigkeiten, wenn sie einen Beitrag zum Abbau von Arbeitslosigkeit leisten sollten.

In seinem Referat schlug Prof. Dr. *Egon Matzner*, WZ Berlin, „Beschäftigungspolitik und Ordnungspolitik: eine dynamische Sichtweise“, – ausgehend von dem Weizsäcker-Kriterium, wonach eine Deregulierung dann vorteilhaft wäre, wenn sie transaktionskostensenkend, daher transaktionsvermehrend wäre und damit tendenziell die Wohlfahrt erhöhe – vor, den wirtschaftspolitischen Überlegungen eine Vorstel-

lung zugrunde zu legen, die den Markt durch den sozio-ökonomischen Kontext, also durch institutionelle Reformen einschließlich staatlicher und nicht-staatlicher Regulierung und politischer Instrumente als gestaltbar auffasse. Eine auf die Herstellung eines sozio-ökonomischen Kontextes ausgerichtete dynamische Ordnungspolitik komme weder mit den Theorien des Marktversagens noch der Transaktionskostenminimierung aus. Sie erfordere eine Funktionsanalyse der Erfüllung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Aufgaben durch den Staat und der anderen dafür nötigen Institutionen.

In seinem Referat „Von den Grenzen der Tarifautonomie und der staatlichen Regulierung des Arbeitsmarktes. Bemerkungen zu den Vorschlägen der Deregulierungskommission und der Kritik an diesen Vorschlägen“ beschäftigte sich Prof. Dr. *Hans-Jürgen Ewers*, Universität Münster, mit den Vorschlägen der Deregulierungskommission hinsichtlich des Arbeitsmarktes. Prof. Dr. *Heinz Markmann*, Heidelberg, („Deregulierung schafft keine Arbeit“), begründete noch einmal sein Minderheitsvotum gegen die arbeitsmarktpolitischen Vorschläge der Deregulierungskommission.

In der Diskussion spielte eine große Rolle, daß gerade das Bestehen des gegenwärtigen Arbeitsmarktsystems mit der Gesamtheit seiner gesetzlichen, tarifvertraglichen oder richterlich festgelegten Bestimmungen die Arbeitslosigkeit, insbesondere die Langzeitarbeitslosigkeit, hervorgebracht habe und von daher die Verteidiger der bestehenden Regulierungen begründen müßten, warum man trotzdem auf der Gesamtheit dieser Bestimmungen beharren sollte.

Die Referate der Tagung sollen in der Schriftenreihe des Vereins für Socialpolitik veröffentlicht werden. Die nächste Arbeitssitzung wird am 17. und 18. März 1993 in Würzburg stattfinden. Das Thema wird lauten: „Europäische Gemeinschaft – Bestandsaufnahme und Perspektiven“. Es soll dabei vor allem um die Frage „Erweiterung oder Vertiefung der Gemeinschaft?“ gehen.

Prof. Dr. E. Kantzenbach, Hamburg

### Ausschuß für Bevölkerungsökonomie

Der Ausschuß tagte vom 30. 1. - 1. 2. 1992 in Wien. Die Tagung war zwar nicht thematisch eingegrenzt, aber das Schwergewicht lag bei Problemen der Zuwanderung. Vier von sieben Referaten befaßten sich mit ökonomischen Konsequenzen der Immigration.

Prof. Dr. *Alois Wenig* (Universität Bielefeld) beschäftigte sich in seinem Referat „Wohlfahrtswirkungen internationaler Wanderungsbewegungen“ mit den Konsequenzen der Immigration auf das Einkommen der Einheimischen und der Immigranten. Er zeigte, daß in einem strikt neoklassischen Modellrahmen Zuwanderung von außen im allgemeinen das Einkommen der Einheimischen ansteigen läßt. Wenn die Einheimischen wirtschaftlich nicht dadurch belastet werden, daß sie aufgrund der Zuwanderung mehr öffentliche Güter zur Verfügung stellen müssen, dann gewinnen sie durch Immigration. Im übrigen gilt auch das Umgekehrte: Im Auswanderungsland reduziert sich das Pro-Kopf-Einkommen der Zurückbleibenden.

Dr. *Ralf Ulrich* (Universität Paderborn) untersuchte den „Einfluß der Zuwanderung auf die staatlichen Einnahmen und Ausgaben in Deutschland“. Ulrich schätzte mit den Mikrodaten des Sozioökonomischen Panel für 1984 die Steuerzahlungen der Gastarbeiter in der Bundesrepublik sowie ihre Beiträge zur Sozialversicherung und

ihre Transferbezüge. Es zeigte sich, daß die Gastarbeiter die öffentlichen Haushalte per Saldo entlasteten. Die Alterung der ausländischen Bevölkerung in Deutschland, ihre höhere Arbeitslosigkeit und andere Faktoren deuten jedoch darauf hin, daß diese positive Wirkung in Zukunft geringer sein wird.

Dr. *Marianne Assenmacher* (Universität Paderborn) erörterte die „Bedeutung von Zuwanderern für Produktion und Beschäftigung“. Sie unterstellte ein unterschiedliches Arbeitsangebotsverhalten der Inländer und der Immigranten und stellte die Rolle der Immigranten als Flexibilitätspotential heraus.

Dr. *Christoph Schmidt* (Universität München) referierte über „Einkommensdynamik von Einwanderern“. Er suchte eine theoretische Erklärung für die empirische Beobachtung, daß Einwanderer im Vergleich zu einheimischen zwar ein anfängliches Verdienstdefizit aber ein stärkeres Verdienstwachstum im Zeitablauf aufweisen. Sein Modell der Verdienstdynamik führt den Verdienstzuwachs nicht auf wachsende Produktivität (Humankapitalansatz) sondern auf abnehmende Unsicherheit über individuelle Fähigkeiten zurück.

Dr. *Johann Brunner* (Universität Linz) sprach über „Optimale Pensionsversicherung und intragenerationale Umverteilung“. Er beschäftigte sich mit dem Problem, ob ein optimaler Wachstumspfad durch intergenerationalen Transfer in einem Overlapping-Generations-Modell erreicht werden kann. Dies setzt im allgemeinen gleichzeitig intragenerative Transfers voraus. Zusätzlich zur Umverteilung zwischen den Generationen ist eine Umverteilung innerhalb jeder Generation entsprechend einer paretianischen sozialen Wohlfahrtsfunktion erforderlich, da der Verzicht auf intragenerationale Transfers im Regelfall Ineffizienz der intergenerationalen Transfers bewirkt.

In dem Referat „Zur Politischen Ökonomie der Rentenversicherung bei endogenem Arbeitsangebot“ von Prof. Dr. *Friedrich Breyer* (Universität Konstanz) ging es um die Frage, warum die Wähler mittleren Alters gemeinsam mit den Rentnern keine höheren Beiträge zur umlagenfinanzierten Rentenversicherung durchzusetzen versuchen. Während in der bisherigen Literatur verwiesen wird auf die Unmöglichkeit, künftige Rentenansprüche zu beleihen, gab Breyer als alternative Erklärung die negative Wirkung der Beitragshöhe auf das Arbeitsangebot nachfolgender Generationen und damit auf die „Rendite“ für die heutigen Beitragszahler. Breyer zeigte, daß dieser Anzeizeffekt bei perfekten Kapitalmärkten geeignet ist, die von den Wählern mittleren Alters gewünschte Beitragshöhe zu begrenzen.

Prof. Dr. *Gerhard Wagenhals* (Universität Paderborn) behandelte das Thema „Arbeitsangebot bei nichtkonvexen Budgetmengen: Alleinerziehende in der Bundesrepublik Deutschland“. Er präsentierte ein neues mikroökonomisches Modell der diskreten Wahl, das die Determinanten des Arbeitsmarktverhaltens alleinerziehender Mütter erklärt und dabei die (z.B. durch den Bezug von Sozialhilfe verursachte) Nichtkonvexität der Budgetmengen vieler Haushalte berücksichtigt. Seine Schätzergebnisse sind mit der Haushaltstheorie verträglich und ermöglichen steuer- und sozialpolitische Wirkungsanalysen.

Prof. Dr. G. Steinmann, Paderborn

## Ausschuß für Ökonometrie

Dank der Vermittlung von Herrn Prof. Dr. *Horst Rinne* (Universität Gießen) fand die Sitzung des Ausschusses wie in der Vergangenheit in Schloß Rauischholzhausen vom 18. 3. - 20. 3. 1992 statt.

Es nahmen 18 Mitglieder und 4 Gäste teil. Ein Generalthema war nicht vereinbart worden. Die Vortragsthemen umfaßten sowohl methodisch-theoretische Arbeiten als auch empirische ökonometrische Forschungen.

Prof. Dr. *Walter Krämer* (Universität Dortmund) diskutierte, wie der bekannte Cusum-Test auf Parameterstabilität, der normalerweise anhand rekursiver Residuen durchgeführt wird, auch mit Kleinstquadratresiduen verwendet werden kann. Kern des Vortrags von Herrn Krämer sind die statistischen Eigenschaften eines Cusum-Tests, der auf Kleinstquadratresiduen basiert.

Prof. Dr. *Götz Uebe* (Hochschule der Bundeswehr, Hamburg) gab einen Überblick über „Das Equikorrelierte Modell der Einzelgleichungsschätzung“. Dieses Modell spielt als sogenanntes Fehlerkomponentenmodell eine Rolle bei der Schätzung einer Zeitreihe von Querschnittsdaten (Panel). Es postuliert eine Korrelation der Störgrößen verschiedener Perioden für das gleiche Individuum in der Weise, daß diese Korrelation über die Zeit konstant und für alle Individuen gleich ist.

Prof. Dr. *Götz Trenkler* (Universität Dortmund) sprach über „Einige Aspekte starker und schwacher Kovarianzadjustierung“. Dabei ging es um die Frage einer Reduzierung der Schätzfehler bei multikollinearen Daten auf Grund unterschiedlicher Annahmen über die Kovarianzen dieser Schätzer. Die Analyse von Trenkler machte deutlich, daß methodische Fortschritte bei der Schätzung von Modellen unter Multikollinearität meist an die Annahme gebunden sind, daß die richtige Modellstruktur bereits vorliegt.

Prof. Dr. *Ulrich Heilemann* (RWI-Institut, Essen) sprach über „Möglichkeiten und Grenzen der strukturellen Sensitivitätsanalyse ökonometrischer Modelle“. Diskutiert wurden dabei verschiedene Verfahren, den black-box-Charakter großer ökonometrischer Modelle aufzuhellen, indem die Strukturbeziehungen mit Hilfe von Kuhs Methode der strukturellen Sensitivitätsanalyse identifiziert werden. Die Ergebnisse dieser Analyse wurden am Beispiel des RWI-Konjunkturmodells exemplifiziert.

Prof. Dr. *Gerd Ronning* (Universität Konstanz) sprach über „Effiziente Schätzung von Probit-Modellen mit ordinalen Einflußgrößen“. Im Mittelpunkt dieser Analyse stand die Frage, wie die ordinal skalierten Antworten des Ifo-Tests zur Schätzung eines Probit-Modells genutzt werden können. Ronning geht dabei davon aus, daß erst ab einer gewissen Änderung einer stetig meßbaren latenten Variablen ein Wechsel in der Antwort der Befragten erfolgt. Es wird ein Wahrscheinlichkeitsmodell für die latente Variable formuliert, aus dem diese Schwellenwerte selbst zu bestimmen sind.

Prof. Dr. *Ludwig Fahrmeir* (Universität München) sprach über „Diskrete dynamische Modelle zur Ereignisanalyse“. Der Vortrag konzentrierte sich auf Verweil- bzw. Lebensdaueranalysen in diskreter Zeit. Die vorgestellte Methodik läßt sich jedoch gut auf allgemeinere Mehrzustands-/Mehrperiodensituationen übertragen.

Die Dynamisierung zeitdiskreter Weivedauermodelle (z.B. Logistisches Modell, gruppiertes Cox-Modell) erfolgt durch stochastische Modelle (z.B. ‚random walks‘) für die ‚Baseline-Hazardrate‘ und Kovariableneffekte, ähnlich wie bei strukturellen Zeitreihenmodellen. Basierend auf generalisierten Kalman-Filtern und -Glättern, erlaubt dies die simultane und flexible Schätzung von Hazardraten und zeitvariablen Effekten, wobei eine enge Beziehung zu Spline-Ansätzen besteht. Die Methodik wurde an realen Beispielen, etwa der Dauer der Arbeitslosigkeit, illustriert.

Prof. Dr. *Klaus F. Zimmermann* (Universität München) sprach über „Ökonometrische Modelle für Zähldaten“. Dabei geht es um eine Erklärung diskreter Merkmale, wie z.B. der Anzahl der Arbeitsplatzwechsel in einer vorgegebenen Periode in Abhängigkeit sozioökonomischer Merkmale. Die alternativen Schätzverfahren unterschei-

den sich im Hinblick auf die unterstellte Verteilung. Es werden insbesondere die (diskrete) Poisson-, die Hurdle-Poisson, die abgeschnittene Poisson- und die negative Binomialverteilung verwendet. Es wurden Schätzungen für den Arbeitsplatzwechsel der Gastarbeiter in der Bundesrepublik nach diesen alternativen Verfahren vorgestellt.

Prof. Dr. *Ralf Friedmann* (Universität Saarbrücken) sprach über „Test auf Gleichgewicht in einfachen Ungleichgewichts-Modellen“. Dabei werden für einfache Ungleichgewichts-Modelle mit einer Preisanpassung die Folgen geringfügig unterschiedlicher Modellspezifikationen für die Tests auf Gleichgewicht untersucht. Es zeigt sich, daß bei unterschiedlicher Parametrisierung die Wald-Statistik als Evidenz für extrem unterschiedliche Hypothesen interpretiert werden kann, so daß anhand der Wald-Statistik keine Entscheidung über ein bestehendes Ungleichgewicht getroffen werden kann. Es wird daher ein alternativer Test vorgeschlagen.

Die nächste Sitzung findet zu einem noch nicht endgültig festgelegten Termin im März 1993 in Schloß Rauischholzhausen statt.

Prof. Dr. G. Hansen, Kiel